

## Prüfprotokoll und Beihilfevermerk

zur Sicherstellung der Einhaltung der einschlägigen beihilferechtlichen Bestimmungen  
i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV  
i.V.m. den De-minimis-Regeln –  
Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 360/2012  
sowie der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung –  
Verordnung (EU) Nr. 651/2014

im Projekt

ABH020

ALGOT - Verringerung der mentalen Belastung in  
der Software-Entwicklung und bessere  
Zugänglichkeit der Programmierung  
durch neues Programmierparadigma

Die Beihilfeprüfung für das oben genannte Vorhaben erfolgt nur bei den EU-Projektpartnern, denen eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Aussicht gestellt wird. Grundsätzlich nicht geprüft werden an dem Vorhaben beteiligte assoziierte Projektpartner sowie potentielle Projektpartner aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, da diese keine finanzielle Förderung aus dem EFRE erhalten. Für die Angabe der am Vorhaben beteiligten Partner ist der Projektantrag (im Jems) maßgeblich.

I. Basisdaten	
Projektnummer	ABH020
Projekttitel	ALGOT
EU-Projektpartner	
Projektpartner 1	Fachhochschule Vorarlberg

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
1. Prüfung des Geltungsbereichs	Ja	Nein
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im geografischen Geltungsbereich des Art. 107 AEUV (die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind außerhalb dieses Bereiches und unterliegen keiner Beihilfenprüfung).	X	
Zwischenergebnis (eine zu prüfende Beihilferelevanz läge nur bei den EU-Projektpartnern vor, die im Geltungsbereich des Art. 107 AEUV liegen)		
Der am Vorhaben beteiligte EU-Projektpartner liegt im (1.) Geltungsbereich des Art. 107 AEUV und wird somit im folgenden Schritt einer (2.) Prüfung der Tatbestandsmerkmale unterzogen.		

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
2. Prüfung der Tatbestandsmerkmale	Ja	Nein
(a) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten Güter oder Dienstleistungen auf einen bestimmten Markt an und sind somit <b>wirtschaftlich tätig</b> .		X
(b) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die <b>Begünstigung</b> einen wirtschaftlichen Vorteil dem keine angemessene <b>marktgerechte Gegenleistung</b> gegenübersteht und die sie unter normalen Marktbedingungen nicht bekämen.		X

(c) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine <b>allgemeinen Maßnahmen</b> an, sondern <b>begünstigen selektiv</b> nur bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige.		<b>X</b>
(d) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen finanziellen Vorteil, der potentiell zu einer <b>Verfälschung des Wettbewerbs</b> führt.		<b>X</b>
(e) Durch die Begünstigung der am Vorhaben beteiligten Projektpartner droht eine <b>Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel</b> .		<b>X</b>
Endergebnis (eine Beihilferelevanz läge nur bei den Projektpartnern vor, bei denen alle Tatbestandsmerkmale – (a) bis (e) – kumulativ erfüllt sind)		
Nach Prüfung der (2.) Tatbestandsmerkmale liegt bei dem am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner gesamthaft <b>keine Beihilferelevanz</b> vor. Auf die Folgeprüfungen der (3.) Ausnahmetatbestände sowie (III.) Rechtfertigungs- und (IV.) Genehmigungsebene wird somit verzichtet. Die Beihilfeprüfung endet an diesem Punkt.		

## Vermerk zur beihilferechtlichen Prüfung

Datum: 22.09.2023  
Az.: RPTSGZ-4305-139  
Bearbeiter/in: Tetzl

### ABH020 – ALGOT

Das Projekt fokussiert auf KMUs, die durch Algot digitale Kompetenzen und Innovationsfreiraum gewinnen. Mit Community-Aufbau, Branchen-Anwendungen und Potenzialanalyse in drei Phasen wird ALGOT verbreitet. Positive Auswirkungen auf Softwareentwicklung fördern regionale Digitalisierung, Industrie 4.0, ein ALGOT-Ökosystem zur Innovationskooperation und stärken KMUs. Das Projekt ist im Einklang mit EUSALP Maßnahmen 1 & 2 und integriert nahtlos an die IBK-Ziele zur Stärkung der digitalen Transformation.

Im räumlichen Geltungsbereich des Artikels 107 AUEV hat der folgende am Vorhaben beteiligte EU-Projektpartner seinen Sitz: Fachhochschule Vorarlberg (PP1).

Die Fachhochschule Vorarlberg (PP1) entfaltet im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. wird im Zusammenhang mit dem Projekt nicht unternehmerisch tätig. In Einklang mit Artikel 107 AEUV Ziffer 17-20 hat die oben genannte, am Vorhaben beteiligte EU-Forschungseinrichtung bereits eine unterzeichnete Erklärung zur wirtschaftlichen Tätigkeit und Trennungsrechnung dem Gemeinsamen Sekretariat übermittelt, welche durch dieses geprüft und dokumentiert wurde. Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird bei dem beteiligten EU-Projektpartner PP1 nicht gesehen.

gez. Tetzl

SGZ-1 m.d.B.u.K. und Zustimmung